STADT BIELEFELD **Sitzung**
- Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz - **Nr. AfUK/034/2018**

Niederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz

am 13.02.2018

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:56 Uhr

Anwesend:

CDU

Herr Wilhelm Kleinesdar		bis 19:15 Uhr
Herr Simon Lange		bis 18:20 Uhr
Herr Hartmut Meichsner		bis 19:45 Uhr
Herr Holger Nolte		bis 18:50 Uhr
Frau Carla Steinkröger		bis 19:20 Uhr

SPD

Herr Sven Frischemeier		bis 19:10 Uhr
Herr Ulrich Gödde		
Herr Hans Hamann		
Herr Marcus Lufen		
Frau Anne Catrin Rudolf		

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Claudia Heidsiek		
Frau Doris Hellweg		
Herr Jens Julkowski-Keppler	Vorsitzender	

Die Linke

Herr Matthias Benni Stiesch		

Beratende Mitglieder

Herr Friedhelm Donath		
Herr Jürgen Heuer		
Herr Cemil Yildirim		bis 19:30 Uhr

Bürgernähe/Piraten

Herr Martin Schmelz		

UBF

Herr Alexander Spiegel von und zu Peckelsheim		bis 18:55 Uhr

Beratende Mitglieder:

FDP

Herr Jan Maik Schlifter		bis 18:50 Uhr

Sachkundige Einwohner

Herr Friedhelm Donath	Seniorenrat
Herr Jürgen Heuer	Beirat für Behindertenfragen
Herr Cemil Yildirim	Integrationsrat

Verwaltung:

Frau Beigeordnete Anja Ritschel	Dezernat 3
Herr Volker Walkenhorst	Dezernat 3
Herr Martin Wörmann	Umweltamt
Herr Bernd Reidel	Umweltamt
Herr Arnt Becker	Umweltamt
Herr Egbert Worms	Umweltamt
Herr Herbert Linnemann	UWB

-.-.-

Gäste:

Herr Holger-Karsten Raguse	Regionalforstamt OWL
Herr Andreas Krumme	Forstbetriebsgemeinschaft Bielefeld
Herr Dr. Yorck Streitbörger	Waldbauernverband
Frau Britta Rösener	RWTH Aachen University
Herr Dr. Martin Stark	ILS
Herr Johannes Vogelsang	ILS
Frau Cornelia Christian	moBiel
Herr Christian Kracht	Stadtwerke

-.-.-

Schriftführung:

Frau Rebbe	Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Julkowski-Keppler, begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

-.-.-

Zu Punkt 1 **Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 33. Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 16.01.2018**

B e s c h l u s s:

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Klimaschutz am 16.01.2018 (Nr. 33) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

– einstimmig bei einer Enthaltung beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 2 **Mitteilungen**

Zu Punkt 2.1 **Auslobung Umwelt- und Klimaschutzpreis 2018**

Das Dezernat für Umwelt und Klimaschutz teilt mit:

„Der Umwelt- und Klimaschutzpreis ist in diesem Jahr erneut auszuloben. Der mit insgesamt 5.000 € dotierte Preis wird alle zwei Jahre vergeben, mit einem Wechsel des Schwerpunktes zwischen Umweltschutzprojekten und praxisorientierten Klimaschutzprojekten (bauliche Maßnahmen zur Energieeffizienz und Einsatz erneuerbarer Energien).

Bewerben können sich Personen, Vereinigungen oder Firmen, die im Bielefelder Raum mit ihrem Engagement zum Umwelt- und Klimaschutz beitragen. Die Vergabeentscheidung trifft der Rat. Die Preisverleihung soll im Herbst erfolgen.

Das Umweltamt ruft ab dem 15.02.2018 über die Tagespresse und die städtische Internetseite zu Bewerbungen auf.

Unter der Internet-Adresse http://www.bielefeld.de/de/un/kli/kls/preis/ wird ein Formular eingestellt, das für die Bewerbung genutzt werden

soll. Bewerbungen können bis zum 31.03.2018 per Post oder E-Mail an: Stadt Bielefeld, Umweltamt, 33597 Bielefeld oder umwelt-amt@bielefeld.de gerichtet werden."

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 2.2 Lärmaktionsplan des Eisenbahn-Bundesamtes (EBA) für Haupteisenbahnstrecken

Das Umweltamt teilt mit:

„Seit 2015 ist das Eisenbahn-Bundesamt für die Lärmaktionsplanung an den Haupteisenbahnstrecken des Bundes zuständig.

Derzeit wird der erste bundesweite Lärmaktionsplan (LAP) mit Lärmminderungsmaßnahmen innerhalb und außerhalb von Ballungsräumen unter Beteiligung der Öffentlichkeit aufgestellt. Der AfUK wurde über die erste Beteiligungsphase vom 30.06.2017 bis 25.08.2017 informiert. Teil A des LAP ist im Internet unter www.laermaktionsplanung-schiene.de einsehbar.

Aktuell läuft seit dem 24.01.2018 bis zum 07.03.2018 die zweite Phase der Öffentlichkeitsbeteiligung, in der die Bielefelder/innen sowie die Stadt die Möglichkeit haben, an der Überprüfung der bisherigen Ergebnisse mitzuwirken. Anschließend wird der LAP für Haupteisenbahnstrecken des Bundes etwa im Juli 2018 vom EBA fertiggestellt und veröffentlicht.

Die Bielefelder Sanierungsstrecken Nord, Mitte und Süd sind im Entwurf des LAP enthalten. Die Baumaßnahmen Nord sollten wie berichtet in 2018 begonnen werden. Die Förderung von Lärmschutzfenstern in diesem Bereich wird ab Ende 2019 erwartet."

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 2.3 Grenzwerte für die Luftqualität in europäischen Ballungsräumen

Das Umweltamt teilt mit:

„In der AfUK-Sitzung am 16.01.2018 war eine weitergehende Information zu Grenzwerten und Messwerten im Hinblick auf die neue Messstation am Jahnplatz zugesagt worden (TOP 3.2), die hiermit vorgelegt wird.

Vorab ist erneut darauf hinzuweisen, dass Luftqualitätsmessungen und die Luftreinhalteplanung nicht in kommunaler Hand liegen, sondern Aufgabe des Landes NRW sind. Entsprechende Messungen werden vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) als zuständige Stelle durchgeführt und die entsprechenden Daten von dort validiert und veröffentlicht.

In der 39. Bundesimmissionsschutzverordnung sind die Grenzwerte für Luftschadstoffe nach der EU-Richtlinie 2008/50/EG festgesetzt.

Zu unterscheiden sind Grenzwerte für Tages- bzw. Stunden-Mittelwerte und für Jahresmittelwerte. So ist sichergestellt, dass sowohl zeitlich begrenzte Belastungen, z.B. während der Rush Hour, als auch die mittlere Gesamtbelastung über ein Jahr bei den Untersuchungen der Luftqualität Beachtung finden.

Luftschadstoffe werden in Mikrogramm (µg) pro Kubikmeter Luft gemessen, d.h. in millionstel Gramm pro Kubikmeter. Die Grenzwerte sind in der Tabelle aufgeführt.

Stoff	**Zeitspanne der Messung**	**Grenzwerte**
Stickstoffdioxid NO_2	1-h-Wert	200 µg/m³ (max. 18 Überschreitungstage)
	Jahresmittel	40 µg/m³
Feinstaub PM10	24-h-Wert	50 µg/m³ (max. 35 Überschreitungstage)
	Jahresmittel	40 µg/m³

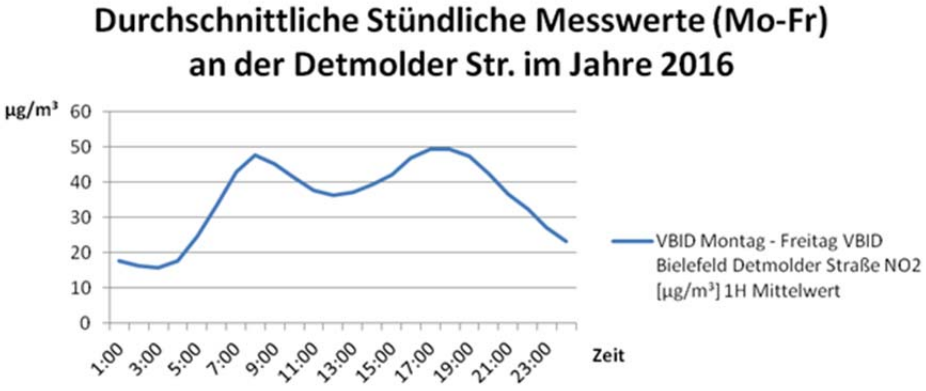
An der Herforder Straße wurde im Bereich des Jahnplatzes Anfang des Jahres 2018 eine neue, kontinuierlich messende Station des Landesumweltamtes LANUV installiert. Die vorläufigen, noch nicht abschließend validierten Messergebnisse werden auf der Website des LANUV stunden- und tagesaktuell bereitgestellt. Luftschadstoffbelastungen unterliegen sowohl im Tages- als auch im Jahresverlauf erheblichen Schwankungen. Die Schwankungen sind auf zahlreiche unterschiedliche natürliche und anthropogene Faktoren zurück zu führen und nur bedingt vorhersehbar. So haben sowohl die übergeordnete Wetterlage (u.a. Temperaturen u. Wind) als auch lokale Wetterphänomene (z.B. Inversionswetterlagen) erheblichen Einfluss auf die Durchlüftungssituation. Auch die Emissionen durch das Verkehrsaufkommen oder die Industrie schwanken im Tages- aber auch im Jahresverlauf erheblich.

Die Spreizung der Immissionsdaten lässt sich gut an Hand der Messergebnisse der bestehenden Bielefelder Messstationen ablesen. Im Folgenden sind die Monatsmittelwerte der Messstation an der Detmolder Straße (VBID) und der Hintergrundmessstation am Ravensberger Park (BIEL) aus dem Jahre 2016 aufgeführt:

	BIEL		VBID	
	NO_2	PM_{10}	NO_2	PM_{10}
Januar	29	23	33	27
Februar	25	19	32	21
März	26	23	34	25
April	23	19	30	21
Mai	25	21	32	23
Juni	23	17	28	20
Juli	18	15	28	18
August	23	14	--	18
September	33	21	35	24
Oktober	25	18	33	22
November	29	17	36	21
Dezember	33	25	38	27

Eine Vorhersage für die Belastung im Jahresmittel auf der Grundlage weniger Monatswerte ist nicht möglich.

Für die Detmolder Straße nachfolgend eine Gegenüberstellung der gemittelten Tageswerte für Stickstoffdioxid von montags bis freitags aus dem Jahre 2016:



Die Kurve verdeutlicht die Spreizung der Werte. Der Wert von 40 µg/m³ wird dabei mehrmals temporär überschritten, sogar 50 µg/m³ werden erreicht. Diese einzelnen Höhepunkte im Tagesverlauf überschreiten allerdings nicht den Grenzwert nach der 39. BImSchV, der bei 200 µg/m³ pro Stunde liegt und 18 Mal im Lauf eines Jahres überschritten werden darf. Auch an der Herforder Str. wird dieser Wert bei weitem nicht erreicht. Der maximale Stundenwert lag bisher bei 113 Mikrogramm.

Ob der Jahresmittelwert von 40 Mikrogramm eingehalten wird, wird erst zum Jahresende 2018 abschätzbar sein. Eine Aussage des LANUV ist nach Validierung der Werte etwa im Februar 2019 zu erwarten. Bei der Validierung der Werte handelt es sich um einen vielschichtigen Prozess, der die Qualität der erhobenen Daten sicherstellen soll

und von den Mitarbeitern des LANUV durchgeführt wird. Dabei werden die Messergebnisse auf Plausibilität geprüft, um zum Beispiel eventuelle Fehler in der Messtechnik auszuschließen."

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 3 **Anfragen**

– keine –

-.-.-

Zu Punkt 4 **Behandlung der unerledigten Punkte der letzten Tagesordnungen**

– keine –

-.-.-

Zu Punkt 5 **Anträge**

Zu Punkt 5.1 **Bielefeld pestizidfrei (gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen und der Ratsgruppe Bürgernähe/Piraten vom 25.01.2018)**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6142/2014-2020

Text des Antrags:

Bielefeld kann sich laut BUND seit 1985 „pestizidfreie Kommune" nennen. Der damalige Umwelt- und Flächenausschuss der Stadt Bielefeld beschloss, dass die Stadtverwaltung auf den Einsatz von Herbiziden komplett verzichten solle.
Das Thema Pestizide ist heute aktuell wie nie zuvor. Wirkstoffe wie Glyphosat und die Stoffklassen der Neonicotinoide sorgen für negative Schlagzeilen, da sie im Verdacht stehen, extrem schädliche Auswirkungen auf Mensch, Tier und Pflanze zu haben. Wir halten es für an der Zeit für einen umfassenden Sachstandbericht unter zusätzlicher Einbeziehung der städtischen Gesellschaften sowie der Eigen- und Landesbetriebe.

Vor diesem Hintergrund stellen wir den folgenden Antrag:

Bielefeld pestizidfrei

Die Verwaltung wird um einen Bericht gebeten, wie es in Bielefeld um den Einsatz von Herbiziden (glyphosathaltige, u.a.) sowie Insektiziden (Stoffklasse der Neonicotionide, u.a.) bestellt ist. In diese Betrachtung sollen neben den städtischen Flächen auch die Flächen der städtischen Gesellschaften sowie die der Landesbetriebe Wald und Holz sowie Straßen NRW einbezogen werden.
Des Weiteren wird die Verwaltung um eine Einschätzung gebeten, welche Art von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit geeignet sein kann, die Bielefelder Bevölkerung über Alternativen zum Einsatz von Glyphosat, Neonicotinoiden und Co. zu informieren und für einen Verzicht zu werben.

Frau Heidsiek wünscht zum Einstieg in das Thema zunächst eine Aufarbeitung zum aktuellen Sachstand in Bielefeld. Hierbei gehe es zunächst um die städtische Praxis. Stadt und Land hätten hier eine Vorbildfunktion hinsichtlich des Verzichts.

Herr Gödde macht noch einmal deutlich, dass es nicht um die Betrachtung von Einzelflächen gehe, sondern um einen Gesamtüberblick.

Herr Kleinesdar bringt folgende Kritik zu dem Antrag an:
Gerade die Klein- und Privatgärtner seien es, die Glyphosat ganzjährig vermehrt einsetzen, während es in der Landwirtschaft nur im Frühjahr und Herbst zum Einsatz komme.
Vom Begriff her sollte der Antrag „Bielefeld pflanzenschutzmittelfrei“ heißen.
Herr Kleinesdar weist darauf hin, dass Neonicotinoide seit dem 01.10.2013 im Freilandeinsatz verboten seien.
In dem Antrag fehle die Aufnahme der Maler und Lackierer, da aus deren Farben zur Fassadenbehandlung Fungizide ausgewaschen würden.
Zuletzt weist Herr Kleinesdar noch darauf hin, dass die Stadt für die Landesbetriebe „Wald und Holz“ und „Straßen NRW“ kein Kontrollrecht habe.
Seine Fraktion werde den Antrag ablehnen.

Frau Hellweg betont, es gehe darum, dass die Stadt Bielefeld eine Vorreiterrolle einnehme beim Verzicht auf chemische Pflanzenschutzmittel.

Herr Schlifter stellt heraus, dass eine Risikoabschätzung keine kommunale Aufgabe sei, die Zuständigkeit liege hier beim Bund und der EU. Der Antrag sei nur im ersten Teil, der auf Bielefeld bezogen ist, sinnvoll.
Herr Schlifter stellt den Antrag auf getrennte Abstimmung der einzelnen Abschnitte.

Frau Heidsiek stellt zu den Ausführungen von Herrn Kleinesdar klar, dass nicht bezweifelt werde, dass auch die Kleingärtner Unkrautvernichtungsmittel einsetzen. Es gehe darum, in einem ersten Schritt einen Überblick über die städtischen Flächen zu erhalten und von dieser Basis aus weiter zu arbeiten.
Zudem seien die Neonicotinoide immer noch zugelassen und zum Beispiel in Insektiziden vorhanden.

Gemäß dem Antrag Herrn Schlifters erfolgt die Abstimmung der beiden Abschnitte getrennt.

Zunächst erfolgt die Abstimmung über den ersten Absatz. Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird um einen Bericht gebeten, wie es in Bielefeld um den Einsatz von Herbiziden (glyphosathaltige, u.a.) sowie Insektiziden (Stoffklasse der Neonicotionide, u.a.) bestellt ist. In diese Betrachtung sollen neben den städtischen Flächen auch die Flächen der städtischen Gesellschaften sowie die der Landesbetriebe Wald und Holz sowie Straßen NRW einbezogen werden.

– mit Mehrheit beschlossen –

Sodann erfolgt die Abstimmung über den zweiten Absatz. Es ergeht folgender

B e s c h l u s s:

Des Weiteren wird die Verwaltung um eine Einschätzung gebeten, welche Art von Informations- und Öffentlichkeitsarbeit geeignet sein kann, die Bielefelder Bevölkerung über Alternativen zum Einsatz von Glyphosat, Neonicotinoiden und Co. zu informieren und für einen Verzicht zu werben.

– mit Mehrheit beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 6 Bericht zur Situation des städtischen und privaten Waldes in Bielefeld

Herr Linnemann (Umweltbetrieb Stadt Bielefeld) stellt die Situation im städtischen und Herr Raguse (Leiter Regionalforstamt OWL) im privaten Wald anhand von Präsentationen vor.
Anwesend sind darüber hinaus Herr Krumme als Vorsitzender der Forstbetriebsgemeinschaft Bielefeld und Herr Streitbörger als Vorsitzender der Bezirksgruppe Bielefeld im Waldbauernverband NRW.

Frau Steinkröger erkundigt sich, ob das derzeitige Waldbetretungsverbot nach dem Sturm „Friederike“ kontrolliert werde und wenn dem so sei, wie hoch der Personaleinsatz dafür sei.
Zudem möchte sie wissen, wie es mit den Tothölzern im Wald aussehe.

Herr Linnemann teilt mit, dass mit dem zur Verfügung stehenden Personal keine Kontrollen möglich seien. Die Mitarbeiter seien mit der Aufarbeitung der Sturmschäden ausgelastet.
Bei den FFH-Gebieten sei es so, dass für den Stadtwald ein Totholzkon-

zept aufgelegt worden sei, dass 5 % der Holzmasse, als potenzielles Totholz erhalten bleiben solle.

Herr Lange möchte wissen, ob die Konzepte zum Freizeit- und Erholungswert und zur Sicherheit greifen.
Bezüglich des privaten Waldes interessiere ihn, ob es hier in Bielefeld Konflikte zwischen verschiedenen Nutzergruppen und den Waldbesitzern gebe und ob der private Wald bisher zu kurz in politischen Diskussionen gekommen sei.

Herr Raguse zeigt auf, dass eher Überzeugungsarbeit geleistet werden soll, als ordnungsrechtlich vorzugehen. Es gebe Spannungsfelder, die u.a. auch am „Runden Tisch Wald“ in Bielefeld angegangen würden. Eine Unterstützung über alle Gremien sei wünschenswert.

Herr Krumme stellt fest, dass der Druck im Bereich der Großstadt in den letzten Jahren ansteige, auch durch Veranstaltungen wie z. B. den Hermannslauf.
Am „Runden Tisch Wald“ sei die Idee diskutiert worden, zwei Ranger in Bielefeld zu installieren. Diese könnten Aufklärungsarbeit leisten und könnten auch Ordnungswidrigkeiten ahnden. Er hoffe auf Unterstützung, dafür eine tragfähige Lösung zu finden.

Frau Heidsiek fragt nach, ob bei der Eichennaturverjüngung in dem Waldgebiet am Gut Eckendorf letztlich, wie beantragt, Glyphosat zum Einsatz gegen Brombeere und Co. gekommen sei.
Zudem interessiert sie, ob perspektivisch eine FSC-Zertifizierung der privaten Waldflächen angestrebt werde.

Herr Raguse antwortet, dass das klassische Zertifikat im Privatwald die PEFC-Zertifizierung sei. Wichtig sei überhaupt eine Zertifizierung, welcher Art sei zunächst zweitrangig.

Herr Worms ergänzt zu der konkreten Frage am Gut Eckendorf, dass der Einsatz von Glyphosat erst dann vorgesehen sei, wenn alle anderen Möglichkeiten scheiterten. Letztlich sei die Eichennaturverjüngung ohne Einsatz von Glyphosat ausgekommen.

Herr Lufen fragt, wie die Schadensentwicklung in den letzten 10 Jahren verlaufen sei und welche künftigen Einflüsse durch Schädlinge zu erwarten seien.

Herr Raguse berichtet von einem komplexen Schadbild. In den letzten Jahren sei jedoch keine Verschlechterung eingetreten.

Herrn Gödde erkundigt sich nach den Ursachen für das Schadbild.

Herr Raguse resümiert, dass das Waldsterben in den 1980er Jahren hauptsächlich durch Industrieabgase verursacht worden sei, was durch Filteranlagen gestoppt und durch Kompensationskalkungen gegen die Bodenversauerung aufgefangen werden konnte.
Heute gebe es eine gewisse weitere Labilisierung zum Teil durch überstarke Nitrateinträge. Insgesamt sei das Waldwachstum zum einen durch Verschiebung von Vegetationslängen, aber auch durch Nährstoffeinträge ein anderes geworden. Bewusst werde deshalb von komplexen Waldzustandsproblematiken gesprochen, da es ganz vielfältige Ursachen gebe.

Durch waldbauliche Maßnahmen solle versucht werden, eine möglichst hohe Stabilität der Bestände gegen biotische Einflüsse zu erzielen.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 7 **<u>Forschungsprojekt KlimaNetze - Information über den aktuellen Stand des Projektes und den weiteren Ablauf</u>**

Frau Britta Rösener (Rheinisch-Westfälische Technische Hochschule Aachen) und Herr Dr. Martin Stark (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung) geben mit einer Präsentation Informationen über den aktuellen Stand des Forschungsprojektes und den weiteren Ablauf. Als weiter zu bearbeitende Reallabore seien „Verkehrsräume umverteilen – Verständigungsprozess und Simulation“ und „Mobilitätsnetz Bielefeld“ ausgewählt worden.

Herrn Schmelz hält es für eine gute Sache, in dem Projekt die Einzelakteure zusammengebracht und vernetzt zu haben.

Herr Meichsner erkundigt sich nach den Plänen bezüglich der Wilhelmstraße.

Frau Rösener teilt dazu mit, dass die Konkretisierung der Pläne in der Gruppe erstellt werden. In einem konstruktiven Dialog solle herausgefunden werden, was die Kernanliegen aller Betroffenen seien. Es gehe darum, an einem Aktionstag die Straßennutzung einmal anders auszuprobieren.

Herr Julkowski-Keppler sieht eine Chance für den Bereich des Wilhelmstraßenquartiers. Auch die Bezirksvertretung Mitte werde dazu noch beteiligt.

Herr Schlifter äußert sein Unbehagen hinsichtlich eines Bürgerbegehrens, das mit öffentlichen Fördermitteln finanziert werde. Er verweist auf die Verantwortung der zuständigen kommunalen Gremien.

Frau Rösener erläutert zum Bürgerbegehren, dass die Gruppen frei in der Wahl ihrer Herangehensweise gewesen seien, die Auswahl sei nicht durch das Forschungsteam erfolgt, sondern habe in der Hand der Bürgerinnen und Bürger gelegen. Auch während der Werkstatt sei das Thema bereits kritisch diskutiert worden. Auf Grund der kritischen Diskussion, werde das Vorgehen von der zuständigen Gruppe noch einmal überdacht.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 8 Ausbau der Elektromobilität in Bielefeld

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6149/2014-2020

Frau Ritschel führt in die Vorlage ein, die den Ausschuss über den aktuellen Stand informieren soll. Das Thema solle nun insgesamt offensiver angegangen werden. Parallel dazu sei die Förderkulisse verbessert worden.

Frau Christian (moBiel) und Herr Kracht (Stadtwerke) berichten mit einer Präsentation zur Vorlage, insbesondere zu aktuellen Planungen der Ladeinfrastruktur und zu den Auswahlkriterien der Standorte.

Herr Schmelz betont, dass zunächst in die Infrastruktur investiert werden müsse, um die Mobilitätswende einzuleiten. Er fragt nach Contracting für Parkhausbetreiber und ob auch Ladepunkte für E-Bikes vorgesehen seien.

Frau Steinkröger fragt nach, was mit den im StEA angesprochenen smarten Ladesäulen an den Lichtmasten sei. Zudem möchte sie wissen, wie die Abrechnung funktioniere.

Frau Hellweg warnt davor, einseitig auf die Elektromobilität zu setzen. Parallel müsse das übergeordnete Ziel Verkehrswende, weniger Energieverbrauch und weniger Schadstoffe betrachtet werden.

Herr Kracht teilt zum Contracting mit, dass dies den Kunden angeboten werde.

Ladesäulen sollen so aufgebaut werden, dass über die App die Belegung eingesehen werden könne. Die Abrechnung solle auch über eine App erfolgen. Alternativ dazu werde es auch andere Zahlmöglichkeiten geben.

Das System der Lichtmasten sei aus mehreren Gründen nicht geeignet, u. a. da die verfügbare Leistung nicht ausreiche und die Leuchten nur bei Dunkelheit mit Strom versorgt werden.

Herr Kracht macht deutlich, dass die Ladesäulen aus abrechnungstechnischen Gründen nicht für E-Bikes in Betracht kommen. Über das System E-Motion gebe es aber an verschiedenen Stellen in Bielefeld geeignete Ladepunkte, insbesondere für Ausflügler, die im Internet auf der E-Motion-Website zu finden seien.

Herr Hamann erkundigt sich nach dem Vorhalten von ausleihbaren E-Rollern.

Frau Christian spricht sich für ein Floating-System bei E-Rollern aus. D. h. ein Roller könne über eine App gebucht, ausgeliehen und dann an anderer Stelle wieder abgestellt werden.

Herr Schmelz regt an, auch E-Busse anzuschaffen und spricht sich für eine sichtbare Infrastruktur für E-Bikes aus. Hinsichtlich der App zum Laden wünsche er sich keine extra App, sondern eine Erweiterung der MoBiel-App.

Frau Rudolf schlägt für die innerstädtische Mobilität vor, Pedelecs oder E-Roller in Parkhäusern oder auf Parkplätzen zu Lasten von zwei bis vier Parkplätzen bereitzustellen.

Frau Ritschel sagt zu dem Vorschlag von Frau Rudolf, dass es eine verkehrspolitische Entscheidung sei, wie mit dem Thema Mobilität im öffentlichen Raum umzugehen sei, die die Stadtwerke nicht alleine beantworten könnten.

Nach Beschreibung durch Herrn Kracht, stellt der Ausbau der Elektromobilität eine zusätzliche Herausforderung für das Stromnetz dar. Herr Kracht weist darauf hin, dass das Netz momentan ausreiche, aber Engpässe könnte es in alten Wohnsiedlungen, die auf den damaligen Strombedarf ausgelegt seien, geben. Hier müsste langfristig mit einem Netzausbau reagiert werden.
Die Frage der Leistungsfähigkeit des Stromanschlusses für Lademöglichkeiten stelle sich auch bei Parkhäusern, die dafür häufig nicht ausgelegt seien.
Das Thema Fahrräder in Parkhäusern könnte in künftigen Konzepten berücksichtigt werden.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 9 **Ortsteilentwicklung Babenhausen/Dornberg - Sachstand und weiteres Vorgehen**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6020/2014-2020

Herr Julkowski-Keppler bittet um Information des AfUK über die Ergebnisse nach Abschluss der nächsten Phase des Bürgerdialogs.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 10 **Beschlussfassung über die 11. Änderung der Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Dezember 2006**

Beratungsgrundlage:
Drucksachennummer: 6106/2014-2020

Ohne weitere Aussprache erfolgt folgender

B e s c h l u s s:

Die Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz empfiehlt dem Rat die 11. Änderung zur Entgeltordnung der Stadt Bielefeld für besondere Dienstleistungen des Umweltbetriebes in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.12.2006 gem. Anlage I zu beschließen.

– einstimmig beschlossen –

-.-.-

Zu Punkt 11 Bericht aus dem Naturschutzbeirat

Herr Wörmann berichtet zu vier Punkten der letzten Sitzung des Naturschutzbeirats:

Zur Situation des ehrenamtlichen Amphibienschutzes

Vorab ist festzustellen, dass der Amphibienschutz in Bielefeld traditionell einen Schwerpunkt des Artenschutzes darstellt, dass Bielefeld immer noch reich an Lebensräumen für Amphibien ist, aber dass der Straßentod eine ernsthafte Gefahr für manche Population darstellt. Durch den Rückzug von Brigitte Bender aus der Koordination für acht Straßen ist eine Neuverteilung der Aufgaben notwendig, und es wird deutlich, dass die Zahl der Ehrenamtlichen kaum ausreicht, alle Streckenabschnitte zu betreuen. Wenn es nicht gelingt, Helferinnen und Helfer zu gewinnen, werden in der Konsequenz Fangeimer an manchen Schutzzäunen geschlossen bleiben. Der Beirat hat diese Situation diskutiert und auch darauf hingewiesen, wie beschwerlich die tägliche Arbeit bei schlechtem Wetter an viel befahrenen Straßen ist. Der Beirat hält es für notwendig, mehr Geld in den Bau von Krötentunneln auch an bestehenden Straßen zu investieren, um den Amphibienschutz dauerhaft zu sichern.

Entwurf einer neuen Allgemeinverfügung zur Reitregelung nach dem Landesnaturschutzgesetz

Der Entwurf wird dem AfUK vorgestellt, wenn die Stellungnahmen aus dem Beteiligungsverfahren vorliegen. Der Beirat hat sich noch nicht positioniert. Vorlage und Verfügung sind im Ratsinformationssystem einsehbar.

Bürgerradweg entlang der Schröttinghauser Str. zwischen Beckendorfstraße und Stadtgrenze Werther –Häger

Für den Radweg müssen acht vitale Alleebäume gefällt werden, die durch 16 Neuanpflanzungen im gleichen Abschnitt ersetzt werden können. In der Abwägung hat der Beirat ein überraschend klares Votum für den Radweg ausgesprochen. Dies wurde offensichtlich möglich, weil ein fachlich überzeugender Ausgleich angeboten wurde.

Erweiterung des Gewerbegebietes Hellfeld um 2,3 ha

Das Gebiet bildet heute im Regionalplan eine Freiraumverbindung zwischen östlich und westlich gelegenen Gewerbegebietsdarstellungen, die unterbrochen würde. Außerdem ist der Bereich Landschaftsschutzgebiet. Die westliche Gewerbedarstellung bis zur Altenhagener Straße müsste nach Ansicht des Umweltamtes im neuen Regionalplan aufgehoben werden. Der Beirat formuliert sein Votum wie folgt:

„Der Naturschutzbeirat lehnt die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/A 17 „Hellfeld-West“ ab:
Er fordert die in dem Regionalplan ausgewiesene Freiraumverbindung zu erhalten. Falls die vorgeschlagene Fläche neu hinzukommen soll, muss die westlich dargestellte gewerbliche Nutzung bis zur Altenhagener Straße aufgegeben werden.“

Frau Ritschel teilt mit, dass der Naturschutzbeirat zum Thema „Nationalpark Senne“ eine Resolution in Richtung Umweltministerium verfasst und dafür geworben habe, dass – wenn das Gebiet kein Nationalpark werde - das Ganze als Nationales Naturerbe ausgewiesen werde. Die Ministerin habe in ihrer Antwort zugesagt, dass das Thema „Nationales Naturerbe“ für diesen Bereich im Focus stehe.

Die Antwort der Ministerin ist in Session eingestellt.

Frau Heidsiek schlägt vor, das Thema Amphibienschutz auf die Tagesordnung des nächsten AfUK zu setzten und den Bericht aus dem letzten Naturschutzbeirat auch hier vorzustellen, um den Ausschuss auf den aktuellen Stand zu bringen. Sie plädiert für einen Appell an die Öffentlichkeit.

– Der Ausschuss nimmt Kenntnis. –

-.-.-

Zu Punkt 12 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

– kein Bericht –

-.-.-